



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Mobilität
Sitzungstermin: Mittwoch, 03.12.2025
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:06 Uhr
Raum, Ort: Marcus-Heinemann-Saal, Museum Lüneburg, Zugang Wandrahmstraße
10, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Christian-Tobias Gerlach

Beschließende Mitglieder

Dr. Corinna Maria Dartenne

Vertretung für: Pia Redenius

Antje Henze

Vertretung für: Carmen Maria Bendorf

Ulrich Blanck

Keno Freund

Burghard Heerbeck

Andrea Kabasci

bis 18:00 Uhr

Jörg Kohlstedt

Martin Lühmann

Andrea Schröder-Ehlers

Vertretung für: Jens-Peter Schultz

Grundmandat

Dirk Neumann

Frank Soldan

Beratende Mitglieder

Johannes Dau

Jonas Korn

Ulrich Mädge

Heide Schmidt

Cornelius Schnabel

Tobias Siewert

Uwe Wenk

Verwaltung

Markus Moßmann

Jürgen Kipke

Dennis Lauterschlag

Jörg-Dieter Silex

Svea Berberich
Karin Fischer
Merve Künkenrenken

Vertretung für: Jasmin Richter

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025	
4	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
5	Einwohnendenfragen	
6	Veränderungen im ÖPNV zum bevorstehenden Fahrplanwechsel und mit Betriebsaufnahme der MOIN am 01.01.2026	
7	Einführung des „ÖPNV-Taxis“ in der Hansestadt und dem Landkreis Lüneburg als Nachfolgeangebot für das Anruf-Sammel-Mobil (ASM), hier: Etablierung der erforderlichen Rechtsgrundlage	BV/12211/25
8	Änderungen der Taxenverordnung Hansestadt und Landkreis Lüneburg - Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. auf Erhöhung der Beförderungsentgelte im Gelegenheitsverkehr mit Taxen	BV/12232/25
9	Erster Sachstand zum NUMP Umsetzungsdialog	MV/12048/25
10	Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße	VO/9298/20-6
11	Anträge und Anfragen	
11.1	Anfrage "Verkehrssituation und Zustand der Goseburgstraße" (Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.10.2025, eingegangen am 30.10.2025)	AF/12178/25
11.2	Anfrage "Bericht der Unfallkommission für 2023 und 2024" (Anfrage des adfc vom 19.11.2025, eingegangen am 19.11.2025)	AF/12230/25
11.3	Anfrage "Nutzung der Stadtradeln-Daten und Zustand wichtiger Radverbindungen in Lüneburg" (Anfrage der FDP-Fraktion vom 19.11.2025, eingegangen am 19.11.2025)	AF/12229/25
12	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Gerlach begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den vereinbarten Änderungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Enthaltung:	3

Beratungsinhalt:

Ratsherr Kohlstedt erklärt, dass zu wenig Zeit gewesen sei, die umfangreichen Vorlagen vorzubereiten. Es seien Vorlagen verspätet hochgeladen worden. Die Unterlagen konnten nicht mehr in den Fraktionen besprochen werden.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass er diese Auffassung nicht teile. Beispielsweise handele es sich beim NUMP-Umsetzungsdialo g um eine Mitteilungsvorlage, die eine umfassende Vorbereitung nicht erforderlich mache. Weiter sei die Anfrage zum Stadtradeln der FDP-Fraktion in den versandten Unterlagen beantwortet worden, die mehrere Seiten enthält und womit der sprunghafte Anstieg der versandten Unterlagen zu erklären sei.

Ratsherr Kohlstedt zeigt sich mit der Begründung nicht einverstanden.

Erster Stadtrat Moßmann hält diese Umgangweise für nicht fair. Die Verwaltung habe die Geschäftsordnung des Rates bezüglich der Fristen Einladung unter Benennung der Tagesordnung eingehalten. Zwischenzeitlich wurde schriftlich auf die Anfrage zum Stadtradeln geantwortet, wodurch die Erhöhung der Seitenzahl zu erklären sei.

Ratsfrau Schröder-Ehlers hält das Verfahren zum Fahrradring für intransparent. Am Ochsenmarkt sei der wichtigste Platz der Stadt. Die Fraktion konnte sich nicht ausreichend vorbereiten. Es sei ein intransparentes Verfahren, dass der Verwaltungsausschuss hierüber entscheide und nicht der Stadtrat.

Erster Stadtrat Moßmann erläutert, dass das Verfahren gleich sei wie bei den vorherigen Abschnitten des Fahrradring s. Bisher habe es hierzu keine Kritik gegeben. Das beauftragte Planungsbüro kann nur abschnittsweise die Entwurfsplanung erarbeiten und auch das Einhalten der Förderkriterien des Bundes sei notwendig. Die Vorberatung für den Verwaltungsausschuss finde im Mobilitätsausschuss statt. Zudem sei der aktuelle Auftrag der Verwaltung, eine Vorplanung zu erstellen, sodass noch nichts entschieden sei.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, erklärt, die Beratungsreihenfolgen sei falsch erfasst worden. In der Vorlage stehe das Sitzungsdatum 5.11.2025 und nicht 3.12.2025.

Erster Stadtrat Moßmann hält fest, dass hier schlichtweg ein formeller Fehler unterlaufen sei. Dies habe inhaltlich aber keine Bedeutung für die Vorlage zum Fahrradring. Falls Herr Mädge mit seinem Hinweis suggerieren wolle, dass die Vorlage lange erstellt worden sei und die Verwaltung die Vorlage bewusst zurückgehalten habe, widerspricht er dem. Die Vorlage sei in Allris zwar früher angelegt worden, aber inhaltlich erst vor Kurzem befüllt worden.

Ratsherr Kohlstedt stellt den Antrag, die Vorlage zum Fahrradring zu vertagen. Er schlägt vor, heute zu Tagesordnungspunkt 10 eine erste Lesung und im Mobilitätsausschuss im Februar 2026 eine zweite Lesung zu halten.

Ratsherr Heerbeck unterstützt den Vorschlag von Herrn Kohlstedt, die Vorlage zu vertagen.

Ratsfrau Dr. Dartenne erklärt, die Vertagung der Vorlage stelle eine unwürdige Scheindebatte dar. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt würden auf die Umsetzung des Fahrrindrings warten. Sie nehme wahr, dass die SPD und die CDU eine Verzögerung der Umsetzung erzeugen wollten.

Ratsherr Kohlstedt und Ratsfrau Schröder-Ehlers bekräftigen den Antrag, heute zu Tagesordnungspunkt 10 eine erste Lesung halten zu wollen und eine weitere Lesung in der Ausschusssitzung am 04.02.2026.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 10 in Form einer ersten Lesung zu beraten, aber noch keinen Beschluss zu fassen.

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025

Beschluss:

Die Genehmigung des Protokolls vom 5.11.2025 wird vertagt.

Zu TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Erster Stadtrat Moßmann begrüßt die Anwesenden.

Er berichtet über den diesjährigen Adventsshuttle (siehe Folie 6). Es sei aufgrund der Erfahrungswerte aus den letzten Jahren davon auszugehen, dass der Shuttle am zweiten und dritten Adventssamstag stärker angenommen werden würde. Die Stadtverwaltung stehe zum Thema Shuttleverkehr im engen Austausch mit dem Verband der Gastronomen. Auch ein ganzjähriger Shuttleverkehr, außerhalb des ÖPNV-Angebots sei vorstellbar. Ein Vorbild könne hierbei die Partnerstadt Clamart in Frankreich sein. Hier werde ein Shuttle in hoher Taktung ganzjährig angeboten. Dies sei jedoch mit wesentlich höheren finanziellen Kosten für die Kommune ver-

bunden. Die Partnerstadt berichtet von monatlichen Kosten von rund 150.000,- €. Da sie selbst – wie Lüneburg – nicht Aufgabenträger des ÖPNV sei, ginge dies voll zu Lasten des städtischen Haushalts.

Erster Stadtrat Moßmann erläutert die Piktogrammketten mit Sinnbild Radverkehr (siehe Folie 7). Durch die Entstehung des Neubaugebiets *Am Wienebütteler Weg – Bei Mönchsgarten zwischen Dempwolfstraße und dem Radverkehrsplatz Ochtmisser Kirchsteig* wird die Radwegeverbindung wesentlich höher frequentiert werden. Die Umsetzung der Piktogrammketten mit Sinnbild Radverkehr an den drei Standorten (Mönchsgarten, Stadtkoppel, Soltauer Straße) erfolge zwischen dem 8. und 12.12.2025.

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität, stellt das Update der Planungen der Qualitätsoffensive aus der Veranstaltung der DB InfraGo (gemeinwohlorientierte Infrastrukturgesellschaft der Deutschen Bahn AG) (siehe Folien 8 bis 13) vor. In fünf Monaten starte die Qualitätsoffensive der DB InfraGo. Zurzeit fänden bereits vorbereitende Maßnahmen statt. Die LNVG (Landesnahverkehrsgesellschaft) habe ebenfalls die Information vorgetragen, dass die DB InfraGo die Sperrung vom 1.05. bis 10.07.2026 insbesondere auch dazu nutze, um die Brücke der Bleckeder Landstraße zu sanieren. Neueste Erkenntnis sei, dass auch die Verbindung nach Lübeck über Büchen davon betroffen seien. Es wird ein neuer Haltepunkt in Adendorf eingerichtet, für den im Sperrzeitraum auch Schienenersatzverkehr (SEV) geplant sei. Die Fertigstellung ist bisher für Sommer 2026 terminiert, muss nun aber zum 01.05.2026 fertiggestellt sein, wenn man für die Bahnstrecke nach Büchen eine Anbindung Lüneburgs bzw. Adendorfs erreichen will. Am 27.01.2026 werde es eine Informationsveranstaltung für Bürger:innen geben; die Bewerbung werde auch durch die Pressestellen von Hansestadt und Landkreis Lüneburg begleitet. Voraussichtlich im April 2026 sind weitere digitale Infotermine für Bürger:innen geplant.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, auf das Zuraten der Hansestadt Lüneburg habe die LNVG weitere Gelenkbusse in die Ausschreibung des Schienenersatzverkehrs für die Verbindung Lüneburg-Hannover aufgenommen. Es sei zunächst vorgesehen, dass vier Gelenkbusse den SEV fahren würden. Die Anzahl könne auf bis zu sieben Gelenkbusse/Stunde erhöht werden. Dies werfe verkehrliche Fragen auf bezüglich der Abfahrposition der Busse des SEVs, da in diesem Zeitraum noch die Baustellen rund um den Bahnhof sowohl in der Dahlenburger Landstraße als auch in der Bleckeder Landstraße vorhanden seien. Die Ratsmitglieder bekämen am morgigen Tag, den 4.12.2025 ein Anschreiben der LNVG zur Kenntnis weitergeleitet, mit einer Begründung der LNVG, warum die weiteren städtischen Forderungen nicht berücksichtigt werden konnten.

Ratsfrau Schröder-Ehlers erklärt, dass die Oberbürgermeisterin weiterreichende Ideen für den SEV gehabt habe, als sie zur Situation der Pendler:innen während dem Zeitraum der Qualitätsoffensive hier im Ausschuss gesprochen habe. Wie z.B. Schnellbuslinien zwischen Lüneburg und Hannover sowie dies zwischen Schwerin und Hamburg der Fall sei. Und aus welchen Gründen sei kein Umstieg der Fahrgäste in Hannover-Langenhagen möglich? Und habe die Oberbürgermeisterin nicht in Erwägung gezogen, dass Hotelübernachtungen und Co-Workingplätze für Pendler:innen übernommen werden sollten?

Erster Stadtrat Moßmann antwortet auf die Fragen von Ratsfrau Schröder-Ehlers, dass ein Gespräch zwischen der Oberbürgermeisterin und Herrn Grant Hendrik Tonne, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, stattgefunden habe und auch er selbst daran teilgenommen habe. Minister Tonne wolle sich bezüglich eines Folgetermins melden, sobald er hausintern und mit der LNVG Rücksprache gehalten habe. Die seinerzeitige Äußerung der Oberbürgermeisterin sei unstrittig nicht dahingehend zu verstehen gewesen, dass die Hansestadt (finanziell) eintreten sollte. Vielmehr habe sie Anregungen zu alternativen Angeboten durch LNVG oder DB gegeben, mit denen die erheblichen verkehrlichen Einbußen mit einem unzureichenden SEV begegnet werden könnte. Das Land Niedersachsen habe nach eigener Aussage hierfür keine Mittel, da dies keine klassischen Aufgaben des SEVs seien. Bezüglich der Thematik ei-

nes Schnellbuses verweise das Land Niedersachsen auf die Zuständigkeit der Deutschen Bahn mit. Die Fernverkehrsverbindung werde regulär durch ICEs und ICs gewährleistet. Dies sei ureigene Aufgabe der Deutschen Bahn. Die DB selbst sehe keine Zuständigkeit für die Einrichtung eines Schnellbusses, da die Umbauten im Rahmen einer Qualitätsoffensive verlaufen und nicht im Rahmen einer Generalsanierung der Strecke. Nur für letzter liege (auch die finanzielle) Verantwortung bei der DB. Man könne diese Argumentation aus Sicht der LNVG und der DB zwar nachvollziehen, aber teile sie nicht. Letztlich werden die Kommunen mit ihren zahlreichen Pendlerinnen und Pendlern mit dem Problem des unzureichenden SEV allein gelassen.

Anlage 1 praesentation_top_4

Zu TOP 5 Einwohnendenfragen

Der stellvertretende Vorsitzende Gerlach hält fest, dass für die heutige Ausschusssitzung keine Einwohnendenfragen vorliegen.

Zu TOP 6 Veränderungen im ÖPNV zum bevorstehenden Fahrplanwechsel und mit Betriebsaufnahme der MOIN am 01.01.2026

Beratungsinhalt:

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität – , stellt Herrn Kniestädt, Betriebsleiter der MOIN GmbH, und Frau Rieken, Mitarbeiterin der MOIN, vor. Er weist auf die Info-veranstaltung der MOIN am 05.12.2025 in der Leuphana Universität hin.

Herr Kniestädt und Frau Rieken präsentieren die Fahrplanänderungen ab dem 01.01.2026 anhand der Folien 15 bis 30. Die 5016 würde über das Hanseviertel führen, sobald die Straße freigegeben werde.

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ASTa, bedankt sich bei der MOIN und bei dem Bereich Mobilität des Landkreises. Herr Dau fragt, ob die Stadtbuslinien um 21:40 Uhr zuletzt abfahren würden oder diese bis dahin zuletzt unterwegs wären.

Herr Kniestädt bestätigt, dass die letzte Abfahrt um 21:40 Uhr am ZOB in Lüneburg sei und die Busse dann ihre letzte Strecke des Tages fahren.

Ratsfrau Schröder-Ehlers, hat eine Frage bezüglich der Nachtbuslinien und im Vorgriff auch zum ÖPNV-Taxi insbesondere, weil der Landkreis heute im Ausschuss stark vertreten sei. Das HVV hop als ÖPNV-Taxi biete große Vorteile für die Bewohner:innen im Landkreis Lüneburg. Für das Stadtgebiet frage sie sich, ob die Nachtbuslinien und das HVV hop als ÖPNV-Taxi miteinander verknüpft seien. Wenn am Wochenende eine Nachtbuslinie fahren würde, könne das ÖPNV-Taxi im Stadtgebiet nicht benutzt werden. Bisher habe der Landkreis offengelassen, was das in der Umsetzung bedeute. Wenn man am Ende der Linie einer Nachtbushaltestelle wohne, welche Strecke müsse man zu Fuß laufen, bevor ein ÖPNV-Taxi genutzt werden könne? Sei es richtig, dass bei der Nutzung der Nachtbuslinie ein Fußweg von zwei Kilometern in Kauf genommen

werden müsse, ehe ein ÖPNV-Taxi gerufen werden könne? Dies wäre eine erhebliche Verschlechterung. Zudem wäre das Angebot des ÖPNV-Taxis für die Bewohner:innen des Landkreises künftig wesentlich günstiger, im Stadtgebiet jedoch sei das künftige Angebot teurer. Das jetzige ASM als ÖPNV-Taxi sei wesentlich günstiger. Und gebe es weiter den Bus zum Theater Lüneburg?

Herr Kniestädt, Betriebsleitung der MOIN, erklärt, die MOIN betreibe den Nachtbus. Das HVV hop werde vom Landkreis betrieben. Was Fahrten beispielsweise zum Theater Lüneburg betreffe, müsse an die MOIN herangetreten werden und Lösungen gefunden werden.

Herr Müller, Kreisrat Fachbereich Mobilität und Finanzen des Landkreises Lüneburg, weist darauf hin, dass das HVV Hop im nächsten Tagesordnungspunkt vorgestellt und die Fragen möglicherweise dadurch beantwortet werden können. Das HVV hop sei sowohl die Nachfolge des ASM als auch des Rufbuses. Stark frequentierte Rufbuslinien seien in den Linienverkehr der MOIN überführt worden. Für die weniger stark frequentierten Rufbuslinien sei vorgesehen, dass diese künftig flächendeckend vom HVV hop übernommen werden.

Ratsherr Neumann fragt, ob die Betriebshöfe im Hafen und in Reppenstedt zum 1. Januar 2026 in den Betrieb gingen und ob die Busse der MOIN wie geplant dort geladen werden können. Zudem frage er sich, ob wie angekündigt eine Fahrgastzählung zur Überprüfung der Effizienz und Effektivität der Linien stattfinden würde, um Gelder zu sparen, wenn Linien nicht genutzt werden.

Herr Kniestädt, Betriebsleitung der MOIN, antwortet, dass der Betriebshof in Reppenstedt in Planung sei. Im Betriebshof im Hafen seien heute die ersten beiden E-Busse geladen worden. Es seien bereits erste Probefahrten im Stadtgebiet durchgeführt worden.

Frau Rieke, Mitarbeiterin der MOIN, antwortet, dass zurzeit die Ausschreibung für die Fahrgastmessung vorbereitet werde. Es gehe hierbei darum, auf Daten und Fakten basierend den Fahrplan entsprechend anpassen zu können.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, erklärt, dass in der Vergangenheit angekündigt worden sei, dass die Busse der MOIN abends eine Stunde länger als bisher fahren würden. Dies sei nun nicht umgesetzt worden. Würden die Buslinien 5012 und 5008 den Markt anfahren? Werde künftig die Linie 5001 in beide Richtungen zum Schulzentrum der IGS Lüneburg und zum Markt mit Gelenkbussen angefahren? Es komme bei dieser Linie oftmals vor, dass Fahrgäste aufgrund des vollen Busses abgelehnt werden würden.

Herr Kniestädt, Betriebsleitung der MOIN, antwortet, die Linie 5008 würde den Markt nicht anfahren. Es bestehe ein Umstieg am ZOB. Es habe hierzu bereits Stellungnahmen gegeben. Zum Betriebsstart der MOIN könnten nicht alle Probleme direkt gelöst werden. Die Größe der Fahrzeuge sei nach den Daten ausgewählt worden, die der MOIN aktuell vorlägen. Wie bereits von Frau Rieke ausgeführt, werde künftig eine eigene Analyse der Fahrgastzahlen stattfinden, um die Fahrzeuggrößen optimal anzupassen. Die MOIN befinde sich überdies auch in enger Absprache mit den beauftragten Subunternehmen, sodass das Angebot angepasst werden könne. Auch das Personal sei sowohl bei der MOIN als auch bei den Subunternehmen gesichert.

Frau Rieke, Mitarbeiterin der MOIN, ergänzt, dass die 5012 künftig am Reichenbachplatz halte. Der Markt werde nicht angefahren, hierfür müsste am ZOB umgestiegen werden.

Erster Stadtrat Moßmann drückt sein Bedauern aus, dass die Haltestelle Rathaus von der 5012 nicht angefahren werde. Die Hansestadt Lüneburg habe in der Vergangenheit mehrfach deutlichgemacht, dass die Haltestelle, auch von den anderen betroffenen Linien, weiter angefahren werden sollte. Der Marktplatz liege ihm als zentraler Punkt der Innenstadt sehr am Herzen. Die Entscheidung in der konstituierenden Ratssitzung im Jahr 2021, die Achse über Am Berge her-

auszunehmen, sei vor dem Hintergrund der Absicherung der Haltestelle am Markt getroffen worden. Der Markt solle als nördliche Innenstadt Haltestelle angefahren werden und nun werde diese Haltestelle von mehreren Linien der MOIN aufgelassen. Auch im Rahmen der Planungen des Ausbaus des Fahrradringes sei vorgesehen, die Haltestelle Rathaus endlich barrierefrei auszubauen. Die Auflassung dieser Haltestelle sei definitiv ein Fehler und das falsche Signal, wenn über die Stärkung der Innenstadt des Oberzentrums Lüneburg gesprochen werde. Die Entscheidung der MOIN laufe dem Interesse der Hansestadt Lüneburg zuwider und auch der Landkreis sollte die Funktion der Hansestadt ernst nehmen.

Anlage 1 praesentation_top_6

**Zu TOP 7 Einführung des „ÖPNV-Taxis“ in der Hansestadt und dem Landkreis Lüneburg als Nachfolgeangebot für das Anruf-Sammel-Mobil (ASM), hier: Etablierung der erforderlichen Rechtsgrundlage
BV/12211/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die beiliegende Verordnung zur 15. Änderung der Verordnung der Hansestadt Lüneburg zur Regelung des Taxenverkehrs (Taxenverordnung) sowie die Verordnung zur 13. Änderung der Verordnung zur Regelung des Taxenverkehrs im Landkreis Lüneburg (Taxenverordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Frau Harlfinger-Düpow, Sachgebietsleitung Mobilität des Landkreis Lüneburgs, stellt anhand der Präsentation die Einführung des ÖPNV-Taxis in Form des HVV vor, siehe Folie 31 bis 38.

Ratsfrau Kabasci fragt, ob die Nutzung innerhalb einer App, beispielsweise der HVV-App, stattfinden könne oder der Download einer weiteren App notwendig sei. Weiter sei die Frage, was bei der Auswertung einbezogen werde, welche Fahrten tatsächlich stattgefunden hätten oder welche Haltepunkte von den Nutzer:innen in die App eingetragen worden sei. Sie sehe es weiter als positiv an, dass der Nachtzuschlag gestaffelt berechnet werde. Die Grüne-Fraktion sehe jedoch grundsätzlich den Nachtzuschlag von 5,00 € kritisch.

Frau Harlfinger-Düpow antwortet, dass alle Fahrtenanfragen ausgewertet würden, auch die Anfragen, bei denen keine Fahrt stattgefunden habe. Diese Daten würden zur Auswertung vorliegen. Bezüglich der App müsste zunächst mit einer weiteren App, der hvv Lüneburg-App gestartet werden. Es sei aber eine Integration in die hvv hop-App geplant. Prinzipiell solle zeitnah lediglich nur eine App zur Buchung notwendig sein und zukünftig sei auch eine Integration in die hvv-App geplant. Dies stehe in Abhängigkeiten zur Hochbahn, daher gebe es zunächst eine weitere App. Zudem sei auch eine telefonische Buchung über eine Service-Hotline möglich. Zurzeit seien noch keine Raten festgelegt, das HVV Hop sei ein selbstlernendes System. Der Einzugsbereich sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festgelegt. Die Festlegung werde in den nächsten Tagen stattfinden. Die kürzeste Fahrtstrecke, die mit dem hvv hop als ÖPNV-Taxi zurückgelegt werden könne, seien zwei Kilometer. Die beiden Testphasen der App seien für den 18. und

23.12.2025 geplant. Die unterschiedlichen Bedarfe der Stadt- und Landbevölkerung könne das System voraussichtlich beim Start noch nicht vollständig abdecken. Es sei zu bedenken, dass der Landkreis im September 2025 in die Planungen eingestiegen sei. Es würden nach dem Start der App am 2. Januar 2026 täglich weitere Anpassungen vorgenommen werden.

Ratsherr Soldan fragt, ob die Preise für das HVV hop überall, sowohl im Stadtgebiet als auch im Landkreis, gleich seien.

Frau Harlfinger-Düpow, Sachgebietsleitung Mobilität des Landkreis Lüneburgs, antwortet, dass dies richtig sei. Bei den Preisen für das Stadtgebiet und Landkreis habe man sich an den Vergleichswerten des Einzugsgebiets des hvv orientiert. In der Stadt gebe es als Verbesserung das Nachtbusangebot. Dieses Angebot gebe es im Landkreis nicht. Vom System des hvv hop könnten alle, Stadt- und auch Landbevölkerung, profitieren. Es gehe bei dem System darum, die Mobilität der Gesamtbevölkerung in Hansestadt und Landkreis zu verbessern. Es sei davon auszugehen, dass der Finanzierungszuschlag der Hansestadt Lüneburg ausreiche und keine weiteren Kosten auf die Stadt zukommen würden.

Anlage 1 praesentation_top_7

Zu TOP 8 Änderungen der Taxenverordnung Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. auf Erhöhung der Beförderungsentgelte im Gelegenheitsverkehr mit Taxen BV/12232/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verordnung zur 16. Änderung der Verordnung der Hansestadt Lüneburg zur Regelung des Taxenverkehrs (Taxenverordnung) sowie die Verordnung zur 14. Änderung der Verordnung zur Regelung des Taxenverkehrs im Landkreis Lüneburg (Taxenverordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	3
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Gerlach, führt in Tagesordnungspunkt 8 ein und weist darauf hin, dass zu diesem Punkt bereits in einer vergangenen Sitzung beraten wurde.

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereiches 32 – Ordnung und Verkehr –, stellt den Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. (GVN) vor. Die Taxientgelte würden nach der Erhöhung der der Beförderungsentgelte um circa 13% ansteigen. Der GVN habe in dem Antrag die Erhöhung mit der Erhöhung des Mindestlohns begründet, dieser steige innerhalb der nächsten zwei Jahre um 13% an. Am 01.10.2025 habe der Stadtrat mehrheitlich gegen den Antrag der GVN gestimmt. Am 17.11.2025 sei ein gleichlautender Antrag des Verbandes mit einer Konkretisierung der sich erhöhenden Kostenpositionen gestellt worden. Die Hansestadt Lüneburg habe einen angepassten Vorschlag zum Antrag der GVN gemacht. Er merkt als wichtigen Hinweis für die Beratung an, dass die Stadtverwaltung Rücksprache mit dem Mess- und Eichwesen gehalten habe. Die Anpassung der Beförderungsentgelte könne frühestens zum 01.04.2026

erfolgen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Kohlsteht stellt der stellvertretende Vorsitzende Gerlach die weiter vorhandene Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Ratsfrau Dr. Dartenne fragt nach der juristischen Einschätzung, ob der Antrag wenige Wochen nach der Ablehnung des Stadtrates erneut gestellt werden dürfe.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass es früher eine entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung des Stadtrates gegeben habe, nach der Anträge erst nach sechs Monaten erneut behandelt werden dürften. Diese sei jedoch rechtswidrig gewesen, daher finde sich die Regelung nicht mehr in der Geschäftsordnung des Rates wieder.

Herr Siewert, beratendes Mitglied auf Vorschlag der IHK, hält fest, dass sich der Ausschuss im vergangenen Tagesordnungspunkt für das ÖPNV-Taxi ausgesprochen habe. Hierbei stelle sich die Frage, welches Personal die Fahrten künftig leisten solle. Er sei verwundert über die politische Diskussion in der Hansestadt Lüneburg. In den weiteren Landkreisen des IHK-Bezirks gebe es keine vergleichbaren kritischen Debatten zur Erhöhung der Beförderungsentgelte.

Nachdem sich der Ausschuss einstimmig dafür ausgesprochen hat, dem Taxiunternehmer Herrn Rüter, das Wort erteilen, erklärt dieser, dass die Personal-, Versicherungs- und Werkstattkosten für das Taxigewerbe stark gestiegen seien. Er selbst habe erst kürzlich in ein vollelektrisches Fahrzeug investiert, die Kosten hierfür seien enorm. Wenn die Beförderungsentgelte nicht bald erhöht werden würden, müsse das Taxigewerbe bald in Mietwagenunternehmen übergehen. Diese hätten den Vorteil, dass sie ihre Preise selbst festlegen dürften.

**Zu TOP 9 Erster Sachstand zum NUMP Umsetzungsdialog
 MV/12048/25**

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität – , stellt den NUMP Umsetzungsdialog anhand der Präsentation (Folien 41 bis 43) vor. Hierbei handele es sich um einen erweiterten Arbeitskreis Verkehr, der anlassbezogen erweitert worden sei. Der Umsetzungsdialog werde vom externen Dienstleister IGES begleitet. Hierbei sollten Erkenntnisse für die weiteren Umsetzungsmaßnahmen gezogen werden. Die bisher geplante Zeitschiene sei nicht einhaltbar. Die Umsetzung der nächsten Maßnahmen sollten grundsätzlich in der Haushaltsplanung 2027 festgesetzt werden. Von den eingeladenen 17 Teilnehmer:innen hätten 12 Teilnehmer:innen am Format teilgenommen.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, erklärt, dass er Verbesserungspotenzial in dem Format sehe. Die Gutachter von IGES würden sich nicht ausreichend in Lüneburg auskennen, daher habe er Bedenken, was die Qualität des Formats anbelange.

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, erklärt, er selbst habe die Arbeitsatmosphäre in Kleingruppen im Umsetzungsdialog als sehr positiv und konstruktiv wahrgenommen.

Anlage 1 praesentation_top_9

Zu TOP 10 Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße
VO/9298/20-6

Die Beschlussfassung wurde vertagt.

Beratungsinhalt:

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, leitet die Vorstellung der Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße des Fahrradrings ein. Er weist daraufhin, dass die weiteren Abschnitte zum Gesamtförderprojekt gehören. Zurzeit befinde sich die Planung in den Leistungsphasen 1 und 2, in der Vorplanung bzw. Grundlagenermittlung. Im Rahmen der Planung werde aktuell der Arbeitskreis Verkehr eng eingebunden.

Frau Berberich, Bereich 35 – Mobilität –, mit der Aufgabe Radverkehrsplanung betraut, stellt anhand der Präsentation (Folien 44 bis 49) den Stand der aktuellen Vorplanung des Abschnitts vor. Sie führt aus, dass es sich beim Abschnitt Ochsenmarkt um einen komplexen öffentlichen Raum handele. Bei den Vorplanungen sei besonders auf die zentrale Bedeutung des Marktplatzes eingegangen worden mit Hinblick auf die gemeinsame Nutzung von Radfahrer:innen, Fußgänger:innen und dem touristischen Verkehr. In die Planungen seien im Besonderen klimaresiliente Anpassungen bedacht worden. Bei der Vorplanung gehe es zunächst um eine neue räumliche Aufteilung der Straße. Hierbei seien auch denkmalpflegerische Aspekte miteinbezogen worden. Die historische Baumreihe solle nach Möglichkeit wiederhergestellt werden. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen würden erst deutlich später im Planungsprozess eine Rolle spielen.

Erster Stadtrat Moßmann bekräftigt, dass es wünschenswert wäre, sich davon zu lösen, dass der Fahrradring lediglich positive Auswirkungen für den Radverkehr habe. Die Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße würden noch einmal verdeutlichen, dass durch eine Umgestaltung mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmende hergestellt werden könne. Insbesondere würde sich die Aufenthaltsqualität des Marktplatzes aufgrund des Gewinns an Raum für den Fußverkehr auf beiden Seiten des Ochsenmarktes erheblich verbessern. Die Herstellung der historischen Baumreihe sei zudem ein wichtiger Aspekt, um den besonderen Charakter des Marktplatzes zu betonen.

Ratsfrau Hinze erklärt, dass eine Einbindung der Marktbesicker und Schausteller essenziell sei. Es sei wichtig, dass die Marktbesicker und Schausteller in den Planungsprozess miteingebunden werden würden und eine ergebnisoffene Diskussion stattfinde.

Ratsherr Heerbeek erklärt, er sehe die Wiederherstellung der historischen Baumreihe vor dem Heinrich-Heine-Haus kritisch. Dies könne das zentrale Hochzeitsmotiv der Stadt vor dem Heine-Haus stören.

Ratsfrau Dr. Dartenne hält fest, dass die Diskussion um den Fahrradring nicht unnötig in die Länge gezogen werden dürfe. Die Umsetzung des Fahrradrings im Sinne der Bevölkerung könne nicht schnell genug gehen.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCDs, erklärt, die Vorplanungen der Stadtverwaltung seien eine gute Gesamtlösung für Bus-, Rad- und Fußverkehr.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Gerlach hält fest, dass die Beschlussfassung, wie in

Tagesordnungspunkt 2 festgehalten, auf die Ausschusssitzung am 4.02.2026 verschoben worden sei.

Anlage 1 praesentation_top_10

Zu TOP 11 Anträge und Anfragen

Zu TOP 11.1 Anfrage "Verkehrssituation und Zustand der Goseburgstraße" (Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.10.2025, eingegangen am 30.10.2025) AF/12178/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Henze weist auf konkrete Mängel der Radwege in der Goseburgstraße hin und stellt die Frage, ob objektiv gesehen ein erhöhtes Unfallaufkommen in der Straße vorhanden sei. Die Sanierung der Straße sei im Jahr 2019 zugesagt worden.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass das Unfallgeschehen nach Rückfrage bei der Polizeiinspektion Lüneburg objektiv als unauffällig beurteilt wurde. Bei nächster Gelegenheit werde er mit dem Bereich Mobilität und dem Bereich Ordnung und Verkehr ins Gespräch gehen, um die weitere Planung, insbesondere die Finanzplanung, zu erörtern. Aktuell seien hierfür noch keine finanziellen Mittel vorgesehen.

Zu TOP 11.2 Anfrage "Bericht der Unfallkommission für 2023 und 2024" (Anfrage des adfc vom 19.11.2025, eingegangen am 19.11.2025) AF/12230/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereiches 32 – Ordnung und Verkehr, erklärt, die Unfallkommission sei ein Gremium unter Geschäftsführung der Polizei. Ein Bericht aus der Unfallkommission sei zuletzt am 05.06.2024 im Mobilitätsausschuss gegeben worden. Damals seien die Unfallgeschehnisse aus dem Jahr 2022 vorgestellt worden. Im kommenden Jahr 2026 werde die Polizei erneut eingeladen, um die Unfallgeschehnisse aus dem Jahr 2023 vorzustellen.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, fragt, ob es Sitzungen der Unfallkommission gegeben habe. Er fragt, ob es eine schriftliche Berichterstattung der Kommission gebe. Sei er als beratendes Mitglied des Ausschusses befugt die schriftlichen Berichte einzusehen?

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereiches 32 – Ordnung und Verkehr –, führt aus, dass die Unfallkommission ein nichtöffentliches Gremium sei, daher seien keine Berichte öffentlich einsehbar. Die Sitzungen der Unfallkommission für die Jahre 2023 und 2024 hätten bereits nichtöffentlich stattgefunden. Es stehe eine Klärung aus, ob Herr Wenk die Berichte als beratendes Mitglied einsehen dürfe.

Zu TOP 11.3 Anfrage "Nutzung der Stadtradeln-Daten und Zustand wichtiger Radverbindungen in Lüneburg" (Anfrage der FDP-Fraktion vom 19.11.2025, eingegangen am 19.11.2025)
AF/12229/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, erläutert, dass nach den Vorgaben der AGL gereinigt werde. Auf Wunsch der Stadt könnten weitere wichtige Wegeverbindungen priorisiert werden. Es gelte, was in der schriftlichen Stellungnahme durch die AGL beantwortet wurde.

Zu TOP 12 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, verweist auf das Azubiticket, welches ab 01.01.2026 vom Land Niedersachsen unterstützt werde. Die Hansestadt Lüneburg habe auch Auszubildende, biete die Stadt das Azubiticket künftig für die eigenen Auszubildenden an? Gibt es eine Kommunikation oder Unterstützung seitens der Stadtverwaltung beispielsweise über den Wirtschaftslotsen das neue Azubiticket bei Arbeitgebern zu bewerben?

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität, erklärt, dass er die Antwort dem Protokoll beifügen lässt, nachdem er mit dem Bereich Personal Rücksprache gehalten habe.

Der Bereich 10 – Interner Service - teilt zu Protokoll mit:

Aktuell erhalten Auszubildende pauschal 20€ mtl. für ein Jobticket. Eine Bezuschussung für Bundesfreiwilligendienstleistende erfolgt derzeit nicht, es werden nur die notwendigen Fahrtkosten für die Seminare etc. erstattet. Eine Entscheidung zur Teilnahme am Portal des „D-Ticket Azubi NI“, wie und in welchem Umfang man den Bundesfreiwilligendienstleistenden den Zugang hierzu und eine Bezuschussung ermöglichen kann, steht noch aus.

Christian-Tobias Gerlach

Markus Moßmann
Erster Stadtrat

Merve Künkenrenken